

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

Sitzungsort:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II

Sitzungsdauer:

17.00 Uhr - 18.50 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Richard Woldmer - Vorsitzender -

Ratsherr Hans Abels

(bis 18.35 Uhr)

Ratsherr Dieter Dilling

Ratsherr Richard Janssen

(bis 18.35 Uhr)

Beigeordneter Wilhelm Leeker

für Ratsherrn Reinhard Docter

Ratsfrau Marianne Pohlmann

II. Bürgermeister Eiwin Scholl

Ratsherr Ihno Slieter

Ratsherr Johann Südhoff

Ratsherr Johann Wessels

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

Ratsherr Hinrich Odinga

Ratsherr R. Hegewald

für Ratsherrn A. Groeneveld (bis 18.30 Uhr)

Ratsherr Uwe Hellmann

(bis 18.00 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Günter Strelow

für Ratsherrn Bernd Renken

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Koschnick

Herr Helmut Zimmermann

Herr Johann Janssen

Herr Rainer von Hoorn

von der Verwaltung

Stadtbaurat Jan Röttgers

Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch

Stadtamtsrat Günter Freundorfer

Stadtamtmann Gerhard Discus

Stadtamtmann Richard Lücht

Städt. Bauoberrat Andreas Docter

Stadtangestellte Henrike Niediek als Protokollführerin

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

2 Vertreter der Presse
5 Zuhörer

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

Herr Woldmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, daß der Ausschuß ordnungsgemäß geladen und beschlußfähig ist.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3: Vorlage 13/769

9. Änderung der Verordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Emden

Herr Discus erläutert die Vorlage. Auf die Frage von **Herrn Strelow** nach dem Grund der Erhöhung gibt er die Erhöhung der allgemeinen Betriebskosten an und erklärt, die Erhöhung läge noch unterhalb der jährlichen Inflationsrate. **Herr Südhoff** merkt an, daß die Erhöhung noch unterhalb von 3 % pro Jahr liegt.

Herr Hellmann fragt an, ob Zivildienstleistende zur Krankenförderung ebenfalls einen Personenbeförderungsschein benötigen. Eine Stellungnahme dazu wird zugesagt.

Anmerkung der Protokollführerin:

Durch Herrn Discus wurde mitgeteilt, daß es nach § 48 Abs. 2 Ziffer 3 der seit dem 01.01.1999 geltenden Fahrerlaubnis-Verordnung zur Führung von Krankenkraftwagen der nach Landesrecht anerkannten Rettungsdienste (DRK/RKsH) keiner Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung mehr bedarf.

Beschluß: Der Stadtplanungsausschuß empfiehlt dem Rat folgenden Beschluß zu fassen:

Die der Vorlage 13/768 als Anlage beigefügte 9. Änderungsverordnung wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/771

Bauvoranfrage zur Änderung der Trassenführung der 110 KV-Leitung Nr. 116 - Wybelsumer Polder

Herr Röttgers erläutert die Vorlage.

Herr Woldmer liest ein Schreiben der Wybelsumer Bürger vor, das am 17.02.1999 per Fax bei ihm eintraf. Dieses Schreiben hat folgenden Inhalt:

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

- Die Wybelsumer Bürger drücken ihre Verwunderung aus, daß der Punkt 110 KV-Leitung nochmals Gegenstand einer Stadtplanungsausschußsitzung ist, da dieser bereits als abgehandelt und beschlossen galt.
- Die Bürger fragen, warum sie nicht schon früher von einer Verlegung unterrichtet wurden, da sie als Betroffene bereits Einspruch gegen die Errichtung erhoben haben.
- Die Bürger sprechen sich noch einmal gegen die Trassenführung aus und schlagen eine Erdverlegung oder die Verlegung in südlicher Richtung vor.
- Die Bürger schlagen eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes vor, um den Ratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben sich noch einmal eingehend mit dem Thema 110 KV-Leitung zu befassen.

Herr Röttgers nimmt zu den vorgelesenen Argumenten Stellung. Er weist darauf hin, daß eine Erdverlegung nach Rücksprache mit der Preussen-Elektra das bis zu 7,5-fache einer Überlandleitung kosten würde. Das wären in diesem Fall ca. 25 Mio. DM Mehrkosten. Er teilt mit, daß eine Verlegung in südlicher Richtung nicht sinnvoll sei, da dadurch 7 - 8 Windkraftträder entfallen würden. Auf den vorgebrachten Einwand des Elektrosmogs entgegnet er, daß dieser wissenschaftlich umstritten ist.

Herr Leeker bittet im Namen seiner Fraktion, die Entscheidung des Tagesordnungspunktes zurückzustellen. In dieser Zeit könnte das Gespräch mit den Bürgern gesucht und eventuelle Alternativlösungen gefunden werden.

Herr Bongartz spricht sich ebenfalls für die Verlegung der Beschlußfassung und für eine Bürgerversammlung aus. Des weiteren fragt er nach dem Sinn und Zweck des Grünstreifens. Die Stadt würde an Glaubhaftigkeit verlieren, wenn erst ein Grünstreifen als Lärmschutzstreifen festgelegt würde, und später behauptet wird der Grünstreifen sei zur Lärmvermeidung nicht sinnvoll.

Herr Strelow spricht sich gleichfalls dafür aus, die Entscheidung zurückzustellen.

Herr Röttgers teilt mit, daß er eine Bürgerversammlung anberaumen wird, wenn das der Wille des Rates sei. Er weist auf die Hintergründe zur Festlegung des Grünstreifens im Flächennutzungsplan von 1980 im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Dollarthafens hin.

Frau Koschnick wendet ein, daß ein Grünstreifen immer sinnvoll sei und dieser unbedingt zu erhalten ist.

Beschluß: Die Beschlußfassung wird vertagt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Vorlage 13/789
Bebauungsplan G 8 A, Wybelsum, westliche Erweiterung des Bebauungsplanes G 8
- Aufstellungsbeschluß
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

Herr Röttgers stellt den Vorentwurf vor. Der Stadtplanungsausschuß begrüßt die geplante Aufstellung des Bebauungsplanes. Auf die Frage von **Herrn Odinga**, ob sich Interessenten

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

bereits in Wartelisten eintragen können, antwortet **Herr Röttgers**, dies sei möglich. Es sei jedoch zu beachten, daß der Plan erst ein Vorentwurf sei. Des weiteren weist er darauf hin, daß keine Baustraße geplant sei. Die Erschließungskosten sollen durch vertragliche Vereinbarungen abgelöst werden, so daß sich keine Rechtsstreitigkeiten durch Nachforderungen von Erschließungsbeiträgen, wie im Plangebiet D 105, ergeben werden.

Frau Koschnick bringt ein, daß bei diesem Bebauungsplan die Agenda-Belange berücksichtigt werden sollten. Auf die Nachfrage **Herrn Leekers** wie diese Belange denn aussehen, informiert **Herr Röttgers** die Anwesenden, die Belange setzen auf Nachhaltigkeit, geringe Versiegelungsflächen, kleine Grundstücksgrößen, verdichtetes Bauen, etc. Es könnten entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan getroffen werden, dies sei jedoch planungsrechtlich kaum durchsetzbar; er rege eher an Empfehlungen auszusprechen.

Beschluß: Der Stadtplanungsausschuß empfiehlt dem Verwaltungsausschuß, folgenden Beschluß zu fassen:

- a) Der Bebauungsplan G 8 A wird aufgestellt.
- b) Der Vorentwurf zum Bebauungsplan G 8 A wird im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von drei Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/793
Erlaß der Veränderungssperre Nr. 18 für den Geltungsbereich des B-Planes D 137 (Stadtteil Harsweg, Gebiet zwischen Auricher Straße, Tettastraße, Kreuzstraße und Alter Postweg)

Beschluß: Der Stadtplanungsausschuß empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluß zu fassen:

Die Veränderungssperre Nr. 18 wird gemäß beigefügter Fassung als Satzung beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage 13/604/1
Bebauungsplan D 137 (Stadtteil Harsweg, Gebiet zwischen Auricher Straße, Tettastraße, Kreuzstraße und Alter Postweg)
- frühzeitige Bürgerbeteiligung (Stadium I)

Beschluß: Der Stadtplanungsausschuß empfiehlt dem Verwaltungsausschuß, folgenden Beschluß zu fassen:

Der Vorentwurf zum Bebauungsplan D 137 wird im Zuge der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer von drei Wochen öffentlich ausgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

Punkt 8: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- a) Vorlage 13/792
Rahmenplan "Suchraum Ausgleichsflächen"

Herr Docter stellt den Rahmenplan, die Diplomarbeit einer Oldenburger Studentin, vor. Dieser Rahmenplan dient als Planungsgrundlage für die Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP Emden).

Auf den Einwand des **Herrn Dilling**, eine Gewässerrandkompensation könne zur Einschränkung des Wassersports und des Bootstourismus führen, entgegnet **Herr Docter**, das dies nicht beabsichtigt sei. Die Gewässerrandkompensation führe sogar zu einer zusätzlichen Naturerlebbarkeit.

Herr Odinga wendet ein, daß den Landwirten in Emden nicht noch mehr Fläche genommen werden solle. Der Landverlust durch Neuausweisung von Bauland sei bereits groß genug. **Herr Docter** erklärt noch einmal ausdrücklich, daß keine Enteignung in irgendeiner Form vonstatten gehen soll. Die Kompensation einer Fläche findet nur in gegenseitigem Einverständnis statt. **Herr Röttgers** führt an, dies sei lediglich ein Konzept. Erst nach den Gesprächen mit den Landwirten und der Bezirksregierung Weser-Ems wird ein verbindlicher AEP Emden ausgearbeitet.

Auf die Frage von **Herrn Strelow**, ob auf den Kompensationsflächen landwirtschaftliche Nutzung möglich sei, antwortet **Herr Docter**, daß noch keine Maßnahmen genannt wurden. **Herr Dilling** regt an, den Plan gerade im Hinblick auf die Gewässerrandkompensation auch mit den Sportfischern und Bootsvereinen abzustimmen.

(Herr Hellmann verläßt die Sitzung.)

Kenntnis genommen.

- b) Vorlage 13/765
Abbau von Verkehrszeichen / Bilanz

Herr Discus erläutert die Vorlage.

Auf die Frage des **Herrn Bongartz** wieviel Schilder neu aufgebaut wurden, informiert **Herr Discus**, die Zahl belaufe sich auf etwa 60-70 Schilder, die jedoch anderer Art als die der abgebauten seien.

Kenntnis genommen.

- c) Vorlage 13/303/2
Änderungen der Straßenverkehrsordnung (StVO);
Veränderung für Radfahrer

Herr Discus erläutert die Vorlage. **Herr Scholl** und **Herr Bongartz** sprechen sich für eine Erweiterung der Liste aus. **Herr Strelow** regt an, die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht in der Presse zu veröffentlichen, um so Mißverständnissen vorzubeugen.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

Herr Zimmermann unterstreicht, daß das Radfahren teilweise auf den Straßen sicherer sei als auf dem Radweg.

Herr Slieter hält es für ungünstig, daß entlang der Twixlumer Straße der frühere gemeinsame Rad- und Fußweg jetzt als Fußweg mit Zusatzzeichen "Für Radfahrer frei" ausgewiesen ist. Seines Erachtens sollten Radfahrer entlang dieser Straße den Sonderweg benutzen müssen.

Kenntnis genommen.

- d) Vorlage 13/766
Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L 2 in Höhe der Larrelter Batterie

Herr Discus erläutert die Vorlage.

Kenntnis genommen.

Punkt 9: Anfragen

a) Wiederherstellung Straße "An der Schule"

Herr Röttgers teilt mit, daß nach den begonnenen Kanalisationsarbeiten in Jarssum die Wiederherstellung der Straße "An der Schule" geregelt werden müsse. Am kostengünstigsten sei ein bituminöser Ausbau. Da nach Angaben der Anlieger die ursprüngliche Pflasterung in Eigenbedarf hergestellt worden ist, bestehen die Anlieger auf eine Wiederherstellung der Straße in Betonsteinpflaster. Eine Pflasterung verursacht jedoch Mehrkosten in Höhe von 20.000 DM. Bevor eine Entscheidung getroffen werde, sollen noch mit den Anliegern Gespräche geführt werden.

Herr Woldmer stellt hervor, die Argumente der Anlieger seien überzeugend; er spreche sich daher für eine Pflasterung der Fahrbahn aus.

(Herr Hegewald verläßt die Sitzung.)

- - - - -

b) Wiederherstellung Unterstellhäuschen Jarssum

Herr Röttgers teilt mit, daß die Stadtwerke Emden keinen Bedarf feststellen konnten, um das zerstörte Unterstellhäuschen in Jarssum wiederaufzubauen. Er habe die Stadtwerke gebeten, die Zu- und Ausstiegshäufigkeit an dieser Haltestelle nachzuweisen.

- - - - -

c) Übernahme Petkumer Siel

Herr Röttgers teilt mit, daß zum Thema Übernahme des Petkumer Siels von der FDP-Fraktion am 20.05.1998 eine Behandlung im Stadtplanungsausschuß beantragt worden sei. Es bestehe Einvernehmen, daß eine Vorlage zur Beschlußfassung im Stadtplanungsausschuß vorgelegt werde, sofern abschließend über den Abbruch des Petkumer Siels entschieden worden ist.

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

d) Ergebnisse der Verkehrssicherheitskommission

Herr Woldmer vermißt das Thema "Ergebnisse der Verkehrssicherheitskommission" als Tagesordnungspunkt im Stadtplanungsausschuß. **Herr Zimmermann** antwortet das im normalen Verfahrensablauf der Stadtplanungsausschuß nicht beteiligt werden muß.

- - - - -

e) VW Schienenverkehr Höhe Schlesierstraße

Herr Scholl bittet um Klärung, warum der Schienenverkehr aus Richtung VW-Werk vor den Schranken an der Schlesierstraße halten müsse. Normalerweise habe der Pkw-Verkehr vor dem Schienenverkehr zurückzustehen.

- Bau- und Entsorgungsbetrieb-

(Herr R. Janssen, Herr Abels und Herr Hegewald verlassen die Sitzung.)

- - - - -

f) Ampelschaltung Bahnhofsbrücke

Herr Bongartz beanstandet, daß die Schaltung der Lichtzeichenanlage Bahnhofsbrücke in Richtung Innenstadt nicht sinnvoll getaktet ist. Er bittet um schnelle Bearbeitung.

- Bau- und Entsorgungsbetrieb

- - - - -

g) Straßenzustand Cirksena-/Hansastraße

Herr Bongartz weist noch einmal darauf hin, daß der Straßenzustand an der Ecke Cirksena-/Hansastraße in desolatem Zustand ist und bittet dringend um Ausbesserung.

Herr Röttgers entgegnet, daß die Beseitigung der Schäden bereits in Auftrag gegeben wurde und nur aufgrund des Wetters noch nicht damit begonnen wurde.

- Bau- und Entsorgungsbetrieb

- - - - -

h) Geflügelmastbetriebe

Herr Bongartz erkundigt sich nach dem Stand des Genehmigungsverfahrens in der Sache Geflügelmastbetriebe.

Herr Lücht erläutert, daß zwischenzeitlich von der Bezirksregierung Weser-Ems der Widerspruch eines Antragstellers gegen die Versagung der Baugenehmigung wegen unzureichender Erschließung zurückgewiesen worden ist.

- Bauaufsichtsamt

- - - - -

Niederschrift Nr. 26 über die öffentliche Sitzung des Stadtplanungsausschusses am 18.02.1999

i) Pumpenfehler im Franekerweg

Herr Strelow trägt ein Schreiben eines Anwohners des Franekerweges vor. Dieser moniert, daß ihm nach einem Pumpenfehler, für den offensichtlich die Stadt Emden verantwortlich war, kein Bediensteter der Stadt helfen konnte, bzw. sich keiner verantwortlich fühlte.

Herr Röttgers sichert eine Untersuchung dieser Angelegenheit und Vorlage eines Berichtes zu.

- Bau- und Entsorgungsbetrieb

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.50 Uhr.